# Volksentscheid für Polikliniken!




## Plattform der Initiative Volksentscheid für Polikliniken

Heute, wosich immer größere Teile der Bevölkerung selbständig organisieren, um sich gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen, treibt der SPD- Senat den Abbau der demokratischen Rechte voran.So versucht er z.B. durch Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreihet, durch Berufsverbote und Polizeiüberfälle die Bevölkerung einzuschüchtern und jeden Widerstand im Keime zu ersticken.
Im Zuge des Abbaus der demokratischen Rechte soll jetzt das Recht der Berliner Bevölkerung,durch Volksentscheid direkt an Gesetzes- und Verfassungsänderung mitzuwirken, abgeschafft werden.

Der Artikel 3, Absatz 1, Satz 1 der Verfassung von Berlin heißt:

" Die gesetzgebende Gewalt steht allein der Volksvertretung und durch den Volksentscheid dem Volke zu."

In den Artikeln 39, 45, 49 und 88 finden wir nähere Ausführungen zum Volksentscheid.
Der Senat beabsichtigt, den Artikel 3 zu ändern.
In Zukunft soll es heißen:

"Die gesetzgebende Gewalt steht allein der Volksvertretung zu."

Die anderen Artikel werden entsprechend geändert oder gestrichen.

Das ist ein offener Angriff auf die demokratischen Rechte und Interessen der Bevölkerung unserer Stadt!
Dagegen haben wir den Kampf aufgenommen.
Durch den "VOLKSENTSCHEID FÜR POLIKLINIKEN" soll dieses demokratische Recht verteidigt und genutzt werden. Gleichzeitig soll die gesetzliche Grundlage für die Wiedereinrichtung von Polikliniken geschaffen werden.

Unsere Erfahrungen zeigen:
Das Sammeln von Unterschriften genügt nicht, um

diesen Kampf erfolgreich zu führen.
Nicht das Volk, sondern Alliierte und Senat entscheiden, was Gesetz wird und was nicht. Sieht sich die herrschende Klasse bei der Durchsetzung ihrer Interessen behindert, tritt sie ihre eigenen Gesetze mit Füßen und wischt unsere Forderungen vom Tisch.

KAMPF DEM ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE!

KEINE ABBSCHAFFUNG DES VOLKSENTSCHEIDS!

Unsere Forderung nach Polikliniken stellen wir auf, weil sich die gesundheitliche Lage der Werktätigen von Jahr zu Jahr verschlechtert.

Was macht uns krank?

- die ständig steigende Arbeitshetze in den Betrieben,
- fehlender Arbeitsschutz,
- die zunehmende Verseuchung von Luft, Wasser und Erde,
- die schlechten Wohnverhältnisse,

und n i c h t "eine unvernünftige Lebensweise" der Bevölkerung. So sinkt zum ersten Mal seit 1945 die Lebenserwartung der Werktätigen und Arbeiter, die Zahl der Frührentner ist heute nahezu gleich groß wie die der Normalrentner, das durchschnittliche Rentenalter ist auf unter 60 jahre herabgesunken.

Die freipraktizierenden Ärzte haben das Recht auf die alleinige ambulante Versorgung. Dieses Recht verbirgt sich hinter dem Paragraphen 368n der Reichsversicherungsordnung, die 1955 vom Abgeordnetenhaus in die Berliner Gesetze übernommen wurde. Hier heißt es:

"Die kassenärztlichen Vereinigungen und die kassenärztlichen Bundesvereinigungen haben die nach § 182 den Krankenkassen obliegenden ärztliche Versorgung sicher zu stellen und den Krankenkassen und ihren Verbänden gegenüber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß die kassenärztliche Versorgung dengesetzlichen und vertraglichen Erfordernissen entspricht."
Darüber hinaus wurde ihnen 1970 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die völlige Niederlassungsfreiheit garantiert. Die Folge:
in Arbeiterbezirken lassen sie sich nur noch nieder, wenn günstige Darlehen und Umsatzgarantien geboten werden, so z.B. jetzt in Moabit, wo einem Kinderarzt 100 000,--DM Jahresumsatz garantiert wird. Weiter wurde ihnen das Monopol uaf die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern, Krebsvorsorgeuntersuchungen bei Frauen ab 30 J. und bei Männern ab 45 J. zugebilligt.

Während sich die Angehörigen der herrschenden Klasse in teuren Spezialkliniken nach dem letzten Stand der medizinischen Forschung kurieren lassen können, hat jeder Arbeiter und Werktätige als Kassenpatient die katastrophalen Zustände in den Praxen kennengelernt.

Die Praxen sind nur 30 von 168 Stunden in der Woche geöffnet. Hausbesuche werden nur selten und von wenigen Ärzten gemacht. Nach Praxisschluß ist es unmöglich einen Arzt zu finden.
Während der Öffnungszeiten sind die Wartezimmer total überfüllt. Nach durchschnittlich 1,5 Std. Wartezeit folgen 5-7 Min. Behandlungszeit.
Die Praxen der Ärzte sind unzureichend, technische und diagnostische Hilfsmittel fehlen fast völlig. Praxen und Laboreinrichtungen werden selten überprüft und erfüllen oft nicht die minimalsten hygienischen Anforderungen.
Viele Ärzte sind seit Jahrzehnten im Beruf, ohne sich ausreichend weiterzubilden.Ihr Wissen ent-

spricht in keiner Weise den heutigen medizinischen Anforderungen und Möglichkeiten. So sind 40% der Diagnosen Fehldiagnosen und so müssen sich Ziel und Zweck der niedergelassenen Ärzte im kapitalistischen Gesundheitswesen.auf wahlloses Pillenverschreiben im Interesse der Pharma-Industrie und auf das Gesundschreiben von Kollegen beschränken, das Geschäft mit der Krankheit zu machen.

In den Krankenhäusern müssen akut Kranke immer wieder abgewiesen werden, weil die Krankenhäuser nicht ambulant behandeln dürfen.
Die Notärzte, die nachts durch Berlin fahren, sind völlig überlastet. Oft wird dieser Dienst auch von Spezialisten versehen, die nicht alle erforderlichen Fachkenntnisse besitzen, z.B. Augen- und Hautärzte.

In den Betrieben ist die medizinische Versorgung noch weniger gewährleistet:
- in vielen Betrieben keine Ärzte,
- in anderen Betrieben gibt es zwar Ärzte, so z.B. bei Flohr-Otis einen Kinderarzt für 2 Std. in der Woche oder bei Borsig einen Hautarzt für 2 Std. am Tag.

Diese haben lediglich eine Funktion: dafür zu sorgen, daß die Kollegen so schnell wie möglich wieder am Arbeitsplatz stehen.

Zusätzlich wird,durch den numerus clausus an den medizinischen Fakultäten, der Ärztemangel aufrechterhalten.

Weil diese Zustände auf die Dauer nicht verborgen geblieben sind, kämpfen die KPD, zahlreicheBürgerinitiativen, Kampfkomitees, fortschrittliche Ärzte und andere für die Einrichtung von staatlichen Polikliniken.

Auch die ÖTV, IGM-Westberlin, Jungsozialisten und Jungdemokraten haben die Forderung nach Polikliniken in ihrem Programm. SPD- und CDU Führungs-

spitze haben aber in der Praxis 1955 auf Betreiben der reaktionären Ärzteverbände die Polikliniken gemeinsam abgeschafft.
Auch heute unterdrückt der SPD-Senat alle Kämpfe für die Wiedereinführung von Polikliniken, weigert sich, die dringend benötigte Kinderklinik ins Bethanien einzurichten und will die Kinderklinik im Charlottenburg schließen.

Auf Grund dieser katastrophalen Zustände fordern wir jetzt:
VOLKSENTSCHEID FÜR POLIKLINIKEN!

Die Vorzüge der von uns geforderten Polikliniken sind offensichtlich:
- die Polikliniken sind 24 Std. am Tag besetzt und geöffnet, die Ärzte machen auch Hausbesuche,
- die Ärzte sind Angestellte und keine professionellen Krankenscheinjäger,
- hier arbeiten Ärzte verschiedener Fachrichtungen, die sich gegenseitig zu Rate ziehen können,
- die technischen und diagnostischen Ausrüstungenmüssen das schnelle Erkennen der Krankheit und ihre Behandlung ermöglichen.

Vielen Berlinern sind die Vorteile von Poliklinikennoch aus den Jahren 1949 bis 1955 bekannt. Zehntausende (1951 allein in Neukölln 59 ooo) ließen sich jährlich dort behandeln.

Auf die zahlreichen Forderungen nach staatlichen Polikliniken bestand die einzige Reaktion des Senats bisher in dem Versuch, die Bewegung abzuwürgen und zu unterdrücken.Z.B. geht er mit Polizeieinsatz gegen Unterschriftensammler vor. Wie bei der Abschaffung der Polikliniken 1955 verteidigt er auch heute das Monopol der freipraktizierenden Ärzte, das Geschäft mit der Krankheit, mit allen Mitteln.
Diese Erfahrungen zeigen:

Auch wenn gegen jeden Widerstand staatliche Polikliniken eingerichtet sind, wird weiterhin auch im Gesundheitswesen das kapitalistische Sparsamkeitssystem herrschen, wie wir es jetzt schon durch Krankenhausfinanzierungsgesetz und Bettenbedarfsplan kennen. Für Polikliniken, die unseren Interessen und Bedürfnissen entsprechen, werden wir einen langen und zähen Kampf führen müssen, wie er z.B. schon in den Krankenhäusern gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz geführt wird. Deshalb unterstützt die Inititive nach Möglichkeit über die Unterschriftensammlung hinausgehende Kämpfe für die Einrichtung von Polikliniken.

Wir warten nicht, bis die medizinische Versorgung restlos zusammengebrochen ist!

WIR FÜHRN JETZT EIN VOLKSBEGEHREN FÜR EINEN VOLKSENTSCHEID FÜR POLIKLINIKEN DURCH!

Tragt Euch in die Stimmlisten ein und arbeitet in den Stadtteilausschüssen mit!

Wir fordern:

BESTEHENBLEIBEN DES ARTIKEL 3 DER VERFASSUNG VON BERLIN!
und
SCHAFFUNG DER GESETZLICHEN GRUNDLAGE FÜR DIE EINRICHTUNG VON STAATLICHEN POLIKLINIKEN UND IHRE EINRICHTUNG!

Wir fordern alle Organisationen, Parteien, Bürgerinitiativen, Komitees, Gewerkschaften, Ärzte, die das Geschäft mit der Krankheit ablehnen , sowie alle Einzelpersonen auf, diesen Volksentscheid mit den ihnen gegebenen Mitteln zu unterstützen.

# INITIATIVE

# VOLKSENTSCHEID FÜR POLIKLINIKEN

Diese Plattform wird bisher unterstützt von:

Kampfkomitee für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien, Kampfkomitee für die Erhaltung der Kinderklinik Charlottenburg als Akutkrankenhaus, Kampfkomitee gegen die Streichung von Kinder- und Altenbetten im Krankenhaus Moabit, Kampfkomitee für den sofortigen Neubau des Reinickendorfer Krankenhauses, Kampfkomitee für den sorfortigen Neubau des Neuköllner Krankenhauses mit Poliklinik,
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Betriebsgruppe Fritz Werner Werk
Christen für den Sozialismus
Initiative sozialistischer Kulturschaffender
Liga gegen den Imperialismus
Rote Hilfe e.V.

Kommunistische Arbeiterbasisgruppe Berlin (KABB)
Frauen für den Kommunismus
Bund Gewerkschaftlicher Ärzte (BGÄ)
H. Pzrydgodda (Betriebsratsvorsitzender), Helmut Lechner (Betriebsrat), Hubert Bacia (Arzt), Ulrich Scherler (Arzt), Dr. Hartmut Wihstutz (Kinderarzt), Dr. Jörn-Uwe Schweichel (Arzt), Helmut Lethen (wiss. Ass.), u.a.

Die Initiative trifft sich jeden Donnerstag um 19 Uhr 30 im "MAX und MORITZ" Oranienstr. 162 (U-Bahn Moritzplatz od. Kottbusser Tor, Bus 75)

Spendenkonto: Sparkasse Berlin West
Kontonr.: 065011944 (R. Stiem)
Kennwort: Volksentscheid für Polikliniken

verantwortlich i. S. d. Presserechts:
Roswitha Stiem 1 Berlin 61, Fontanepromenade 12